

## Brüssel

### EU droht in ersten Stellungnahmen nur leise und indirekt

VON **MARIANNE TRUTTMANN**

**BRÜSSEL** Das Resultat der Abstimmung in der Schweiz zur Einwanderungs-Initiative hat die EU-Politiker aufgeschreckt. Die EU-Kommission gibt sich in ihrer schriftlichen Stellungnahme, in der sie die Annahme der Initiative bedauert, zwar vorerst zurückhaltend. Dennoch hält sie in der nur rund zehn Zeilen umfassenden Medienmitteilung eindeutig fest, dass die Initiative «das Prinzip des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU verletzt». Mit dem Hinweis, dass sie nun «die Folgen dieser Initiative für die Gesamtbeziehungen zwischen der Union und der Schweiz analysieren» werde, stellt die EU zudem klar, dass die Personenfreizügigkeit nicht getrennt von den übrigen bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU betrachtet werden kann. Schliesslich schreibt die Kommission, dass sie die Position des Bundesrates zum Ergebnis berücksichtigen werde. Ohne sich über ihre eigenen Absichten auszusprechen, spielt Brüssel damit den Ball dem Bundesrat zu. Auf Drohungen, beispielsweise mit der Guillotineklause, verzichtet die Kommission vorläufig.

#### Vorerst abwarten

Nachdem man sich in der EU anfänglich darauf verlassen hatte, dass die Schweiz wie in früheren Abstimmungen die Personenfreizügigkeit unterstützt, hat die Besorgnis offensichtlich bereits vor der Abstimmung eingesetzt. So wurde die Kommission letzte Woche bei einer Sitzung der Efta-Gruppe, bei der es um das Mandat für die Verhandlungen mit der Schweiz über die institutionellen Fragen ging, von den EU-Staaten auf das Thema angesprochen. Das muss allerdings nicht heissen, dass die EU bereits über ein konkretes Szenario verfügt, wie sie auf das Abstimmungsresultat reagieren wird. Solange die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen nicht kündigt beziehungsweise nicht verletzt, steht sie nicht unter Handlungsdruck. Ein Punkt ist aber klar: Die geplanten Verhandlungen über das institutionelle Abkommen werden vorerst auf Eis gelegt.

Vielen EU-Politikern ist bewusst, dass die Einwanderungsfrage auch in diversen EU-Staaten zu den heissen Eisen gehört. Insbesondere Grossbritannien drängt auf Änderungen bei der Personenfreizügigkeit. Im Vorfeld der Parlamentswahlen haben zudem populistische und EU-kritische Parteien Aufwind.

## Demonstrationen in diversen Städten

**BERN** Hunderte Menschen haben am Sonntagabend ihrer Enttäuschung über die Annahme der Zuwanderungsinitiative mit spontanen Kundgebungen Luft verschafft. Zu grösseren Demonstrationen kam es in Zürich, Bern und Luzern. In Zürich zogen rund 700 Personen vom Helvetiaplatz durch den Kreis 4, wie ein SDA-Journalist vor Ort beobachtete. Bei der Gessnerbrücke riegelten Polizisten den Weg in die Innenstadt ab. Der Kundgebungszug drehte Richtung Stauffacher ab. Zu Scharmützeln kam es bis spät abends nicht. In Bern versammelten sich beim Bahnhof geschätzte 600 Personen zu einer Kundgebung. Angeführt wurde der Demonstrationzug mit einem Transparent mit der Aufschrift «Ihre Schweiz – Unser Graus» angeführt. Darauf abgebildet war ein Hundehaufen, über dem das von der SVP mitunter als Logo verwendete «Sünneli» aufging. In Luzern versammelten sich rund 300 vorwiegend jugendliche Menschen. «Wir schämen uns» oder «Bleiberecht für alle überall» war auf Transparenten zu lesen. (sda)

# «Zuerst die Schweizer beschäftigen»

**Mit grossem Engagement und Erfolg hat Ständerat Thomas Minder für die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» gekämpft.**

INTERVIEW **NORBERT NEININGER**

*Herr Ständerat Minder, haben Sie mit diesem Ausgang der Abstimmung gerechnet?*

**Thomas Minder:** Ich habe zwar bemerkt, dass die Stimmung in den letzten Wochen zu unseren Gunsten gekippt ist, aber ich war sehr unsicher, ob es bis heute zu einem Ja reichen würde. Umso mehr freue ich mich natürlich darüber.

*Sie haben ja diesmal nicht eine eigene, sondern eine Initiative der SVP unterstützt. Warum dieses grosse Engagement?*

**Minder:** Ja, das war das erste Mal. Aber wer mich kennt, der weiss, dass die Steuerung der Einwanderung seit Langem ein grosses Anliegen von mir ist.

*Warum?*

**Minder:** Ich bin ein Gegner des ungebremsten und ungezügeln Wachstums. Stattdessen sollten wir auf qualitatives Wachstum setzen. Es konnte doch nicht so weitergehen wie bisher, denken Sie nur an die Zubetonierung der Landschaft und die Überbelastung der Infrastruktur. 80 000 Einwanderer pro Jahr in unser Land sind einfach zu viel.

*Sie haben sich gegen eine Mehrheit der Parteien, gegen die Linke, aber vor allem auch gegen die Wirtschaft gestellt. Dabei sind Sie doch selber Unternehmer ...*

**Minder:** Weite Teile der Wirtschaft denken doch nicht mehr an unser Land und die Gemeinschaft, sondern ganz egoistisch an die Eigeninteressen. Das haben uns ja die Banken vorgemacht.

*Noch einmal: Hat dieser Entscheid keine negativen Folgen für den Schweizer Wohlstand?*

«Erst wenn die Arbeitslosenquote der Inländer unter eine bestimmte Marke sinkt, dürfen Kontingente für Ausländer geöffnet werden»



Der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder: «Es konnte nicht so weitergehen wie bisher.»

Bild Key

**Minder:** Nein, im Gegenteil. Nach wie vor können ausländische Arbeitskräfte hierherkommen, wenn wir sie brauchen. Aber es gibt keine unkontrollierte, ungebremste Zuwanderung mehr. Und man muss jetzt Leuten, die im Land leben, den Vorzug geben.

*Die Wirtschaft sagt, man finde die geeigneten Leute hier nicht ...*

**Minder:** Das hat mich sehr verärgert. Wir haben ein hervorragendes Bildungssystem und bestens ausgebildete Berufsleute auf allen Stufen. Und viele von diesen Schweizern sind arbeitslos. Wenn es sie nicht

gäbe, wie könnten sie dann arbeitslos sein? Das darf doch nicht sein und ist eine weitere Folge der ungezügeln Personenfreizügigkeit. Man sollte jetzt Folgendes einführen: Erst wenn die Arbeitslosenquote der Inländer unter eine bestimmte Marke sinkt, dürfen Kontingente für Ausländer geöffnet werden.

*Mit Vehemenz hat der Bundesrat diese Initiative bekämpft. Wie beurteilen Sie dieses Engagement vor Abstimmungen?*

**Minder:** Das finde ich falsch. Es geht doch nicht an, dass Bundesrätinnen und Bundesräte wochenlang durchs Land ziehen und vor kleinsten Gruppen und Versammlungen auftreten. Hier fände ich etwas mehr Zurückhaltung gut.

## Masseneinwanderung Wie Schaffhauser Parlamentarier das Ergebnis sehen



**Martina Munz**  
Nationalrätin (SP)

**SCHAFFHAUSEN** Für Nationalrätin Martina Munz (SP) spielt die Knappheit des Ergebnisses keine Rolle: «Die Initiative wurde angenommen, und damit stehen wir vor der riesigen Herausforderung, diese umzusetzen. Das wird schwierig – auch wegen einer möglichen Kündigung der bilateralen Verträge.» Als Gründe für die Niederlage nennt die Sozialdemokratin unter anderem die visuell sehr ähnlichen Sujets der beiden Kampagnen, aber auch die Tatsache, dass es Wirtschaft und Politik nicht gelungen sei, das Volk von den Vorteilen des bilateralen Weges zu überzeugen. «Es ist klar geworden, dass viele Menschen Angst haben vor dem Zuwanderungsdruck. Ob sie aber die Konsequenzen des Entscheids richtig eingeschätzt haben, wird sich zeigen.» Für Munz ist zentral, dass die Schweiz nicht wieder in die Zeiten des Saisonierstatus zurückfällt. «Arbeitnehmer sind Menschen, und sie sollen hier ein menschenwürdiges Leben führen können – mit ihren Familien.»



**Thomas Hurter**  
Nationalrat (SVP)

**SCHAFFHAUSEN** «Wir sind kein ausländischerfeindliches Land», kommentiert SVP-Nationalrat Thomas Hurter das Ergebnis. «Leute, die sich hier integrieren, die bereit sind, zu arbeiten und eine Leistung zu erbringen, sind herzlich willkommen.» Dennoch gehe es nicht an, dass Versprechen jahrelang nicht eingehalten würden. «Uns wurde zugesagt, dass die Einwanderung über die Ventilklausel reguliert werden kann. Angewendet wurde diese aber zunächst gar nicht, und dann nur unter Druck. Von diesem Verhalten hat die Bevölkerung genug.» Das Ergebnis sei daher nur konsequent, er habe sogar mit einem deutlicheren Resultat gerechnet. Den bilateralen Weg sieht Hurter deswegen nicht am Ende: «Neuverhandlungen gehören bei zwei gleichberechtigten Partnern dazu. Das macht uns noch lange nicht zu Rosinensackern.» Nun müsse der Bundesrat gestärkt nach Brüssel ziehen; eine «Bücklingshaltung» hingegen könne nicht angehen.



**Hannes Germann**  
Ständerat (SVP)

**SCHAFFHAUSEN** Hannes Germann sieht in dem knappen Resultat eine Weichenstellung für das weitere Vorgehen von Bundesrat und Parlament: Dieses müsse ausgewogen sein und die verschiedenen Seiten einbeziehen. Die Gefahr einer Kündigung der bilateralen Verträge schätzt der Schaffhauser Ständeratspräsident indes als sehr gering ein. «Die EU wird natürlich taktisch vorgehen und sich zunächst einmal rügend äussern. Tatsächlich liegt es aber nicht an der EU, nun einen Schritt zu unternehmen, sondern die Schweiz ist innenpolitisch bei der Umsetzung der Initiative gefordert.» Diese Arbeit fange nun erst an. Es bestehe zudem auch die Möglichkeit, zunächst flankierende Massnahmen wie die Beschränkung des Familiennachzuges anzugehen, der «weit mehr einschenkt als die Zuwanderung durch den Arbeitsmarkt». Und: «Insgeheim gibt es auch in der EU Leute, die froh sind, wenn die negativen Seiten der Zuwanderung einmal diskutiert werden.» (vbu)

*Das Volk hat dem Bundesrat nun mit Mehrheit die Gefolgschaft verweigert – es handelt sich hier um ein Misstrauensvotum. Bereits werden erste Rücktrittsforderungen gestellt. Unterstützen Sie das?*

**Minder:** Ich stelle keine Rücktrittsforderung. Aber ich gehe davon aus, dass die Bundesräte nun über die Bücher gehen und dann für sich entscheiden werden, ob sie in der Regierung bleiben können und wollen.

*Wie geht es nun weiter?*

**Minder:** Die Initiative muss innert dreier Jahre umgesetzt sein. Das bedeutet, dass man nun in hohem Tempo weitermacht, und ich erwarte, dass Frau Bundesrätin Sommaruga sehr schnell Vorschläge für die Umsetzung der Initiative macht und die Vernehmlassung eröffnet wird. Denn in spätestens eineinhalb Jahren muss die Lösung auf dem Tisch liegen, damit es zeitlich reicht.

*Sie sind ja ein Befürworter der sogenannten Ecopop-Initiative, die eine noch strengere Beschränkung des Ausländeranteils fordert. Ist die jetzt noch nötig?*

**Minder:** Das muss analysiert werden, wir reden noch diesen Monat in der Staatspolitischen Kommission über die Ecopop-Initiative. Meine Anliegen sind ja klar: Ich möchte, dass weniger Schweizer arbeitslos sind und dass unsere Sozialwerke nicht weiter durch den ungezügeln und unkontrollierten Zuzug, auch von Verwandten, belastet werden. Wenn man die Kontingentierung so einrichtet, dass diese Anliegen erfüllt werden, sind weitere Vorstösse unter Umständen nicht mehr nötig.

*Es gibt ja Politiker, wie CVP-Fraktionschef Schwaller, welche die Ecopop-Initiative für ungültig erklären wollen. Was sagen Sie dazu?*

**Minder:** Dagegen würde ich mich auf jeden Fall heftig wehren.

*Sie haben sich jetzt hinter ein Anliegen der SVP gestellt und gehören ja auch der SVP-Fraktion im Ständerat an. Werden Sie bald Parteimitglied?*

**Minder:** Nein, mir ist es sehr wohl als parteiloser Ständerat. Und wie man sieht, kann man auch so seinen Anliegen zum Durchbruch verhelfen.

## Presseschau Auch international sorgte die Initiative für Emotionen

**BERN** Auf den Onlineportalen ausländischer Zeitungen war die Annahme der Zuwanderungs-Initiative gestern Topthema. Hunderte kommentierten, und auch auf Sozialen Medien wurde breit diskutiert. Für die Regierung sowie für die meisten politischen Parteien sei das Ergebnis die schwerste Niederlage seit der knappen Ablehnung des EWR-Beitritts, schrieb die «Frankfurter Allgemeine Zeitung». Weiter kommentierte die «Süddeutsche Zeitung», die Schweiz habe sich in dieser Frage in zwei Hälften gespalten. In Brüssel und in anderen EU-Hauptstädten werde die eidgenössische Entscheidung Sprengkraft entwickeln. Von einer Signalwirkung gehen auch die «Frankfurter Rundschau» sowie der deutsche «Tagesspiegel» aus: «Die europäischen Rechtspopulisten und Nationalisten werden den Sieg als Ermutigung begreifen», so Letzterer. Die liberale italienische Tageszeitung «Corriere della Sera» stellt hingegen besorgt die Folgen für die italienischen Grenzgänger im Tessin ins Zentrum. Und von der rechtsextremen französischen Partei Front National kam ein Kompliment: «Gut gemacht, Schweiz! Eine echte Demokratie!», schrieb der stellvertretende Vorsitzende Florian Philippot via Twitter. (sda/vbu)